



Bescheid

Die Kommunikationsbehörde Austria (KommAustria) hat durch Senat II, bestehend aus der Vorsitzenden-Stellvertreterin Dr. Susanne Lackner als Senatsvorsitzender und den weiteren Mitgliedern Dr. Martina Hohensinn und Dr. Katharina Urbanek, im Rahmen der Rechtsaufsicht über private Rundfunkveranstalter und Mediendienstanbieter wie folgt entschieden:

I. Spruch

1. Gemäß §§ 60, 61 Abs. 1 und 62 Abs. 1 Audiovisuelle Mediendienste-Gesetz (AMD-G), BGBl. I Nr. 84/2001 idF BGBl. I Nr. 86/2015, wird festgestellt, dass die JagdundNatur. TV Medien und Beteiligung GmbH (FN 438922z beim Handelsgericht Wien) als Anbieterin des audiovisuellen Mediendienstes auf Abruf „JagdundNatur.TV“ die Bestimmung des § 40 Abs. 2 AMD-G dadurch verletzt hat, dass der KommAustria für das Jahr 2018 keine Aufstellung der nach § 40 Abs. 1 AMD-G getroffenen Maßnahmen binnen der von ihr gesetzten Frist übermittelt wurde.
2. Gemäß § 62 Abs. 4 AMD-G wird festgestellt, dass es sich bei der Rechtsverletzung gemäß Spruchpunkt 1. um keine schwerwiegende Verletzung des AMD-G handelt.

II. Begründung

1. Gang des Verfahrens

Die JagdundNatur.TV Medien und Beteiligung GmbH ist als Anbieterin des audiovisuellen Mediendienstes auf Abruf „JagdundNatur.TV“ bei der KommAustria registriert.

Mit E-Mail der KommAustria vom 25.10.2019 gerichtet an den Masseverwalter der JagdundNatur. TV Medien und Beteiligung GmbH wurde die JagdundNatur. TV Medien und Beteiligung GmbH aufgefordert, eine Aufstellung über die angemessene Herausstellung oder Kennzeichnung europäischer Werke in der Präsentation ihres Programmkatalogs in ihrem audiovisuellen Mediendienst auf Abruf für das Jahr 2018 zu übermitteln. Mit einem weiteren Schreiben der KommAustria vom 20.11.2019, KOA 1.988/19-142, gerichtet an den Masseverwalter der JagdundNatur. TV Medien und Beteiligung GmbH wurde die JagdundNatur. TV Medien und Beteiligung GmbH abermals aufgefordert, der KommAustria bis zum 06.12.2019 einen Bericht hinsichtlich der Förderung europäischer Werke gemäß § 40 Abs. 1 AMD-G in ihrem Programmkatalog vorzulegen.

Mit Schreiben vom 26.02.2020 gerichtet an den Masseverwalter der JagdundNatur. TV Medien und Beteiligung GmbH leitete die KommAustria gegen die JagdundNatur. TV Medien und Beteiligung GmbH gemäß §§ 60, 61 Abs. 1 und 62 Abs. 1 AMD-G ein Rechtsverletzungsverfahren wegen Verletzung der Berichtspflicht der Förderung europäischer Werke in Programmkatalogen von Mediendienstanbietern gemäß § 40 Abs. 2 AMD-G für das Jahr 2018 ein und räumte ihr die Möglichkeit zur Stellungnahme ein.

Mit Schreiben vom 13.03.2020 langte eine Stellungnahme des Masseverwalters der JagdundNatur. TV Medien und Beteiligung GmbH ein. Darin wurde im Wesentlichen ausgeführt, dass dieser erst im April 2019 zum Masseverwalter bestellt worden sei und ihm daher keinerlei Informationen über die Mitteilungspflicht bzw. Verletzung aus dem Jahr 2018 vorliegen. Die Behörde solle sich direkt an den Geschäftsführer der JagdundNatur. TV Medien und Beteiligung GmbH wenden.

2. Sachverhalt

Aufgrund des durchgeführten Ermittlungsverfahrens steht folgender entscheidungswesentlicher Sachverhalt fest:

Die JagdundNatur. TV Medien und Beteiligung GmbH ist als Anbieterin des audiovisuellen Mediendienstes auf Abruf „JagdundNatur.TV“ bei der KommAustria registriert. Der Masseverwalter ist seit 18.04.2019 zum Masseverwalter der JagdundNatur. TV Medien und Beteiligung GmbH bestellt.

Mit E-Mail der KommAustria vom 25.10.2019 gerichtet an den Masseverwalter der JagdundNatur. TV Medien und Beteiligung GmbH wurde die JagdundNatur. TV Medien und Beteiligung GmbH aufgefordert, eine Aufstellung über die angemessene Herausstellung oder Kennzeichnung europäischer Werke in der Präsentation ihres Programmkatalogs in ihrem audiovisuellen Mediendienst auf Abruf für das Jahr 2018 zu übermitteln. Mit einem weiteren Schreiben der KommAustria vom 20.11.2019, KOA 1.988/19-142, gerichtet an den Masseverwalter der JagdundNatur. TV Medien und Beteiligung GmbH wurde die JagdundNatur. TV Medien und Beteiligung GmbH abermals aufgefordert, der KommAustria bis zum 06.12.2019 einen Bericht hinsichtlich der Förderung europäischer Werke gemäß § 40 Abs. 1 AMD-G in ihrem Programmkatalog vorzulegen.

Von der JagdundNatur. TV Medien und Beteiligung GmbH wurde der KommAustria innerhalb der von der Behörde gesetzten Frist kein Bericht hinsichtlich der Förderung europäischer Werke im Programmkatalog des audiovisuellen Mediendienstes auf Abruf „JagdundNatur.TV“ für das Jahr 2018 gemäß § 40 Abs. 1 AMD-G vorgelegt.

Bis heute langte kein Bericht hinsichtlich der Förderung europäischer Werke im audiovisuellen Mediendienst auf Abruf für das Jahr 2018 gemäß § 40 AMD-G bei der KommAustria ein.

3. Beweiswürdigung

Die Feststellung hinsichtlich des von der JagdundNatur. TV Medien und Beteiligung GmbH bereitgestellten audiovisuellen Mediendienstes auf Abruf ergibt sich aus der entsprechenden Anzeige bei der KommAustria vom 23.02.2016, KOA.1.950/16-013. Die Feststellung zur Bestellung

des Masseverwalters ergibt sich aus dem offenen Firmenbuch sowie den Angaben des Masseverwalters in seinem Schreiben vom 13.03.2020.

Die Feststellung zur Aufforderung der KommAustria zur Übermittlung des Berichtes gemäß § 40 Abs. 2 AMD-G ergibt sich aus den Akten der KommAustria.

Die Feststellung, dass im Jahr 2018 von der JagdundNatur. TV Medien und Beteiligung GmbH innerhalb der von der Behörde gesetzten Frist kein Bericht hinsichtlich der Förderung europäischer Werke im Programm katalog des audiovisuellen Mediendienstes auf Abruf „JagdundNatur.TV“ für das Jahr 2018 vorgelegt wurde, ergibt sich aus den Akten der KommAustria und wurde von der JagdundNatur. TV Medien und Beteiligung GmbH auch nicht bestritten.

Die Feststellung, dass bis zum heutigen Tag von der JagdundNatur. TV Medien und Beteiligung GmbH für das Jahr 2018 kein Bericht hinsichtlich der Förderung europäischer Werke im Programm katalog des audiovisuellen Mediendienstes auf Abruf „JagdundNatur.TV“ vorgelegt wurde, ergibt sich aus den Akten der KommAustria.

4. Rechtliche Beurteilung

4.1. Zuständigkeit der Behörde

Gemäß § 2 Abs. 1 Z 6 KOG und § 60 AMD-G obliegt der KommAustria die Wahrnehmung der Rechtsaufsicht über Mediendiensteanbieter nach den Bestimmungen des AMD-G. Die KommAustria entscheidet über Verletzungen von Bestimmungen dieses Bundesgesetzes gemäß § 61 Abs. 1 AMD-G von Amts wegen oder aufgrund von Beschwerden.

Die Entscheidung besteht gemäß § 62 Abs. 1 AMD-G in der Feststellung, ob und durch welchen Sachverhalt eine Bestimmung dieses Bundesgesetzes verletzt worden ist.

4.2. Verletzung des § 40 Abs. 2 AMD-G

§ 40 AMD-G lautet:

„Förderung europäischer Werke

§ 40. (1) Mediendiensteanbieter von audiovisuellen Mediendiensten auf Abruf haben in der Präsentation ihrer Programm katalogen europäische Werke dadurch zu fördern, dass diese angemessen herausgestellt oder gekennzeichnet werden.

(2) Mediendiensteanbieter haben der Regulierungsbehörde auf deren Aufforderung eine Aufstellung der nach Abs. 1 getroffenen Maßnahmen zu übermitteln. Die Regulierungsbehörde hat die erhobenen Daten dem Bundeskanzler zusammengefasst zu übermitteln.“

Die JagdundNatur. TV Medien und Beteiligung GmbH hat als Anbieterin eines audiovisuellen Mediendienstes auf Abruf der Regulierungsbehörde auf deren Aufforderung eine Aufstellung der nach § 40 Abs. 1 AMD-G getroffenen Maßnahmen zu übermitteln. § 40 Abs. 1 AMD-G sieht vor, dass Mediendiensteanbieter von audiovisuellen Mediendiensten auf Abruf in der Präsentation ihrer

Programmkataloge europäische Werke dadurch zu fördern haben, dass diese angemessen herausgestellt oder gekennzeichnet werden.

Mit Schreiben der KommAustria vom 25.10.2019 gerichtet an den Masseverwalter der JagdundNatur. TV Medien und Beteiligung GmbH wurde die JagdundNatur. TV Medien und Beteiligung GmbH aufgefordert, eine Aufstellung über die angemessene Herausstellung oder Kennzeichnung europäischer Werke in der Präsentation ihres Programmkatalogs in ihrem audiovisuellen Mediendienst auf Abruf für das Jahr 2018 zu übermitteln. Mit einem weiteren Schreiben der KommAustria vom 20.11.2019, KOA 1.988/19-142, gerichtet an den Masseverwalter der JagdundNatur. TV Medien und Beteiligung GmbH wurde die JagdundNatur. TV Medien und Beteiligung GmbH abermals aufgefordert, der KommAustria bis zum 06.12.2019 einen Bericht hinsichtlich der Förderung europäischer Werke gemäß § 40 Abs. 1 AMD-G in ihrem Programmkatalog vorzulegen.

Nachdem der KommAustria von der JagdundNatur. TV Medien und Beteiligung GmbH bis zum 06.12.2019 kein Bericht hinsichtlich der Förderung europäischer Werke in ihrem audiovisuellen Mediendienst auf Abruf für das Jahr 2018 übermittelt wurde, war die Verletzung der Verpflichtung gemäß § 40 Abs. 2 AMD-G für das Jahr 2018 festzustellen (Spruchpunkt 1.).

Vor dem Hintergrund, dass der Masseverwalter der JagdundNatur. TV Medien und Beteiligung GmbH seit 18.04.2019 zum Masseverwalter dieser Gesellschaft bestellt ist und die JagdundNatur. TV Medien und Beteiligung GmbH mit Schreiben der KommAustria vom 20.11.2019, KOA 1.988/19-142, gerichtet an den Masseverwalter der JagdundNatur. TV Medien und Beteiligung GmbH, aufgefordert wurde, der KommAustria bis zum 06.12.2019 einen Bericht hinsichtlich der Förderung europäischer Werke gemäß § 40 Abs. 1 AMD-G in ihrem Programmkatalog für das Jahr 2018 vorzulegen, war – entgegen dem Vorbringen des Masseverwalters in seinem Schriftsatz vom 13.03.2020 – der Masseverwalter der JagdundNatur. TV Medien und Beteiligung GmbH verpflichtet, den von der KommAustria geforderten Bericht vorzulegen.

4.3. Ausspruch gemäß § 62 Abs. 4 AMD-G

Gemäß § 62 Abs. 4 AMD-G hat die Regulierungsbehörde in ihren Bescheid im Falle der Feststellung einer Rechtsverletzung einen Ausspruch aufzunehmen, ob es sich um eine schwerwiegende Verletzung einer Bestimmung dieses Bundesgesetzes handelt. Jedenfalls als schwere Rechtsverletzungen anzusehen sind Verstöße gegen § 30 Abs. 2 AMD-G (Aufreizen zu Hass) sowie § 39 Abs. 1 und § 42 Abs. 1 AMD-G (ernsthafte Beeinträchtigung der Entwicklung von Minderjährigen) (vgl. *Kogler/Traimer/Truppe*, Österreichische Rundfunkgesetze⁴, 618).

Die Bestimmung des § 40 AMD-G enthält – in Entsprechung der Richtlinie 2010/13/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 10.03.2010 zur Koordinierung bestimmter Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Bereitstellung audiovisueller Mediendienste (im Folgenden: AVMD-RL) – Regelungen im Zusammenhang mit der Förderung europäischer Werke in audiovisuellen Mediendiensten auf Abruf.

Zweck der Bestimmung des § 40 Abs. 2 AMD-G ist es, zur Sicherstellung der Berichtspflicht der Mitgliedstaaten nach Art. 13 Abs. 2 AVMD-RL eine Berichtspflicht der Mediendienstanbieter an die Regulierungsbehörde vorzusehen, die ihrerseits wiederum die Daten dem Bundeskanzler zu übermitteln hat (vgl. die Erläuterungen zu § 40 AMD-G zur RV 611 BlgNR 24. GP). Die Bestimmung des § 40 Abs. 2 erster Satz AMD-G sieht somit eine Berichtspflicht von Mediendienstanbietern von

audiovisuellen Mediendiensten auf Abruf an die KommAustria vor, damit die Regulierungsbehörde ihrerseits ihrer Verpflichtung gemäß zweiter Satz leg.cit. nachkommen kann.

Die KommAustria geht davon aus, dass im Rahmen der Beurteilung, ob es sich um eine schwerwiegende Rechtsverletzung iSd § 62 Abs. 4 AMD-G handelt, eine Einzelfallbetrachtung vorzunehmen ist (vgl. in diesem Sinne BKS 09.03.2009, 611.192/0001-BKS/2009). Darüber hinaus soll die Möglichkeit eines Ausspruchs einer schwerwiegenden Verletzung im Hinblick auf die entsprechenden Folgen (Verfahren zum Entzug und zur Untersagung) auch dazu dienen, andauernde, besonders krasse Rechtsverletzungen möglichst schnell und wirksam zu unterbinden. Im Vergleich mit den jedenfalls als schwere Rechtsverletzung zu beurteilenden Verstößen gegen § 30 Abs. 2 AMD-G (Aufreizen zu Hass) sowie § 39 Abs. 1 und § 42 Abs. 1 AMD-G (ernsthafte Beeinträchtigung der Entwicklung von Minderjährigen) weist der gegenständliche Einzelfall einen Tatumwert auf, der gegenüber dem der genannten schweren Verletzungen zurückbleibt. Das Verfahren zum Entzug einer Zulassung bzw. der Untersagung des audiovisuellen Mediendienstes dient zudem dazu, der Regulierungsbehörde eine Handhabe zu bieten, eine andauernde Rechtsverletzung schnell zu unterbinden. Die bezughabende Rechtsverletzung liegt jedoch in der Vergangenheit; auch aus diesem Gesichtspunkt heraus besteht keine Erforderlichkeit, eine schwerwiegende Rechtsverletzung festzustellen.

Insgesamt geht die KommAustria daher – auch vor dem Hintergrund, dass es sich um die erste Verletzung dieser Art handelt – davon aus, dass es sich bei der vorliegenden Verletzung des § 40 Abs. 2 AMD-G um keine schwerwiegende Rechtsverletzung handelt (Spruchpunkt 2.).

Es war daher spruchgemäß zu entscheiden.

III. Rechtsmittelbelehrung

Gegen diesen Bescheid steht der/den Partei/en dieses Verfahrens das Rechtsmittel der Beschwerde gemäß Art. 130 Abs. 1 Z 1 B-VG beim Bundesverwaltungsgericht offen. Die Beschwerde ist binnen vier Wochen nach Zustellung dieses Bescheides schriftlich, telegraphisch, fernschriftlich, im Wege automationsunterstützter Datenübertragung oder in jeder anderen technisch möglichen Weise bei der Kommunikationsbehörde Austria einzubringen. Die Beschwerde hat den Bescheid, gegen den sie sich richtet, ebenso wie die belangte Behörde, die den Bescheid erlassen hat, zu bezeichnen und die Gründe, auf die sich die Behauptung der Rechtswidrigkeit stützt, das Begehren sowie die Angaben zu enthalten, die erforderlich sind, um zu beurteilen, ob die Beschwerde rechtzeitig eingebracht wurde.

Für die Beschwerde ist eine Gebühr in Höhe von EUR 30,- an das Finanzamt für Gebühren, Verkehrssteuern und Glückspiel (IBAN: AT83010000005504109, BIC: BUNDATWW, Verwendungszweck: „Bundesverwaltungsgericht / KOA 1.988/20-014“, Vermerk: „Name des Beschwerdeführers“) zu entrichten. Bei elektronischer Überweisung der Beschwerdegebühr mit der „Finanzamtszahlung“ sind die Steuernummer/Abgabenkontonummer 109999102, die Abgabenart „EEE – Beschwerdegebühr“, das Datum des Bescheides als Zeitraum und der Betrag

anzugeben. Die Entrichtung der Gebühr ist durch einen Zahlungsbeleg oder einen Ausdruck über die erfolgte Erteilung einer Zahlungsanweisung nachzuweisen.

Wien, am 01. April 2020

Kommunikationsbehörde Austria
Die Senatsvorsitzende

Dr. Susanne Lackner
(Vorsitzende-Stellvertreterin)